

Auf dem Weg in die Dritte Republik

Warum eine Ampelkoalition gut für Deutschland wäre | Von Detlef Prinz

Während in den Hauptstadtbüros der Medien bereits eifrig über künftige Ressortzuschnitte und munter über die Namen von Ministerinnen und Ministern spekuliert wird und die möglichen Kompromiss- oder Bruchlinien zwischen den potenziellen Koalitionspartnern fast allwissend prognostiziert werden, sollte man als außenstehender Beobachter noch einmal kurz innehalten, um zu begreifen, welch veritable Erschütterung unseres Parteiensystems sich am Sonntag ereignet hat. Auch in Deutschland haben wir jetzt ein buntes Acht-Parteien-Parlament, wenn man den SSW und die CSU hinzuzählt.

Die Ereignisse der vergangenen Tage, aber auch die Wochen und Monate zuvor, belegen eindrucksvoll, dass der Befund gerade für die CSU zutrifft. Der Anteil der Mandate an der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU war noch nie so hoch wie seit diesem Sonntag – fast 30 Prozent. Die Mandatszahl der CDU im Deutschen Bundestag ist nur 1949 mit 115 niedriger gewesen als aktuell mit 151. Damals hatte der Bundestag allerdings nur 420 Sitze gegenüber den 735 in der kommenden Legislaturperiode. Kein Wunder, dass trotz des vergleichsweise schlechten Abschneidens der CSU das Selbstbewusstsein ihres Vorsitzenden Markus Söder ungebrochen scheint. Seine CSU-Landesgruppe hat bis auf den Wahlkreis München-Süd, der an die Grüne Jamilya Schäfer ging, alle Direktmandate in Bayern gewonnen.

Gleichwohl: Es gibt aktuell keine große kraftvolle Volkspartei mehr, sondern eine nach links verschobene SPD, die – wie ein Osterwunder im Herbst – gut 5 Prozent zulegen und ein gutes Viertel der Wählerinnen überzeugen hat, eine arg gerupfte Union, die nach 2013 zum zweiten Mal in Folge dramatische Verluste hinnehmen musste und nicht mal mehr ein Viertel der Wähler erreichte, zwei Aufsteigerparteien mit gut



Neues Deutschland? Olaf Scholz, Christian Lindner und Annalena Baerbock

11 (FDP) und fast 15 Prozent (Grüne), die sich fast die Hälfte der Jung- und Erstwähler geteilt und deren Wunsch nach Veränderung des Status quo (mehr Freiheit und/oder mehr Klimaschutz) erfolgreich auf ihre Fahnen geschrieben haben. Über die AfD (noch immer zweistellig, aber fallend) und die Linkspartei (knapp 5 Prozent, aber mit deutlich abnehmender Tendenz) muss hier kein Wort verloren werden. Das ist die Lage.

Trotz dieser bunten Zusammensetzung unseres Parlaments schien sich schon am Tag danach herauszumelden, welche Koalition künftig die viertgrößte Industriena-tion der Welt regieren wird. Alles läuft auf eine Ampel-Regierung unter einem Bundeskanzler Olaf Scholz hinaus, nachdem die Union den halsstarrigen Regierungsbildungsanspruch ihres Kanzlerkandidaten und CDU-Vorsitzenden Armin Laschet vom Wahlabend am Tag danach eingegeben hat. Dieses Zeichen der Demut vor dem Wahlergebnis war nötig, um als klarer Wahlverlierer noch ernst genommen zu werden von der Bevölkerung.

Bemerkenswert war der Ausfallschritt der beiden Aufsteiger-Parteien Grüne und FDP, sich noch am Wahlabend zu einem „Traumabewältigungstreffen“ zu verabreden. Die „Vorsondierung“ war klug – und offenbart zwei gemeinsame Wünsche: Erstens darf sich 2017 (das Scheitern von Jamaika

nicht wiederholen. Und zweitens haben Koch- und Kellner-Metaphern ausgedient. Die Ampel-Koalition wird eine Koalition auf Augenhöhe – oder sie wird von Beginn das Element der Fragilität und des Scheiterns in sich tragen.

Übrigens weiß das auch der künftige Kanzler Scholz, der dies seiner siegestaumelnden SPD allerdings noch nahebringen muss. Er weiß aber auch, dass sein Blatt nicht besser aussehen könnte, denn die Grünen wollen nach über 15 Jahren Opposition unbedingt regieren; und die FDP muss nach ihrer Dezember-Flucht aus den Jamaika-Verhandlungen 2017 dieses Mal Regierungsverantwortung übernehmen.

Zeichnen sich gerade die Konturen einer „Dritten Republik“ ab? Am Anfang der ersten stand 1949 Konrad Adenauer, die zweite ermöglichte Helmut Kohl mit der beherzt vorangetriebenen Wiedervereinigung 1989/1990, die dritte könnte nun mit einem durchgeschüttelten Parteiensystem, das im Kern eine Folge der seit geraumer Zeit anhaltenden gesellschaftlichen Fragmentierung ist, folgen. Was alle Neu-Begründungen der Bundesrepublik in den Phasen danach einte, war und ist eine große Integrationsaufgabe der Parteien. Vor allem die Regierungsparteien in Bund und Ländern waren und sind gefordert, diese Integrationsleistung zu übernehmen.

Rückblickend muss man anerkennen, dass fast alle an Regierungen auf Bundes- und Länderebene beteiligten Parteien sich dieser Aufgabe gestellt haben – bis auf die AfD, die weiterhin in selbstgewählter, rechtsextrem-radikaler Opposition zum Staat die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Fortschritts verneint und ablehnt. Auch die nächste Bundesregierung und die sie tragende Koalition wird neben all ihren politischen Beschlüssen, Vorhaben und Projekten diese Integrationsaufgabe leisten müssen. Denn unser Land ist Gott sei Dank weiblicher, bunter, internationaler, diverser geworden. Aber wir stehen vor der gigantischen Aufgabe, eine völlig neue industrielle Architektur, eine nachhaltige Fertigungstextur mit nachhaltig-digitalen Produkten wie Dienstleistungsstrukturen und modernisierte Infrastrukturen zu entwickeln.

Diese Herausforderung kann eine Ampelkoalition besser organisieren, strukturieren und steuern als jede andere denkbare politische Konstellation. Man muss nicht allein die Kernkompetenzen der drei Parteien bemühen, um sich klarzumachen, warum eine Ampel im Moment nahezu politisch alternativlos ist. Es ist eine Koalition der demokratischen Gewinner-Parteien. Und es ist zweifelsohne so, dass die großen politischen und gesellschaftlichen Trends und Erwartungen von Bürgern und Betrieben das an Stärken widerspiegeln, über die drei potenziellen Partner verfügen: soziale Ausgleichsfähigkeit und Regierungserfahrung in vielerlei Konstellationen, klima-

politische und ökologische Entschiedenheit und schließlich marktwirtschaftliche und liberale Überzeugungskraft. Alle drei Kompetenzkräfte sind – gebündelt und klug ausbalanciert – in den kommenden Jahren unerlässlich, wenn unser Land weiter Wachstum und Wohlstand für alle sichern will.

Denn klar ist bei allem, was jetzt ansteht, dass wir die sozialen Nebenwirkungen der Transformation für Millionen Menschen, die im unteren Drittel der Einkommensskala arbeiten und/oder leben müssen, im Blick behalten und staatlich werden abfedern müssen. Dass es dazu eines starken wirtschaftlichen Fundaments bedarf, wissen übrigens alle drei Parteien, auch wenn ihr jeweiliger Zugang zu dieser Grundüberzeugung sich aus sehr unterschiedlichen historischen Traditionen und politischen Prinzipien speist und entwickelt hat. Letzteres ist auch gut so.

Wie hoch inzwischen die Zahl von Normalbürgern und wirtschaftlichen Entscheiderinnen in Unternehmen ist, Frauen und Männer gleichermaßen, die sich eine Ampelkoalition vorstellen können, ist selbst für mich überraschend. Umso mehr irritiert es mich, dass in meiner Geburts- und Heimatstadt Berlin bestimmte Kräfte in der SPD eine Ampelkoalition geradezu mit kindlichem Trotz und taktischen Manövern bekämpfen – selbst die, die für den ruinösen Zustand der Berliner Politik in führenden Funktionen verantwortlich waren. Es bleibt zu wünschen, dass dort bald mehr Nachdenklichkeit einkehrt. Wer ständig und zu Recht gegen das „Weiter-so“ öffentlich aufbegehrt, der sollte die teilweise bescheidenen Zustände in Berlin nicht konservieren oder gar verteidigen. Auch in der Hauptstadt unseres Landes braucht es einen anderen Geist und endlich einen Neustart. Damit Berlin als Metropole in Europa auf keinem Feld mehr Vergleiche scheuen muss.



ist Verleger des Hauptstadtbriefs.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Alles klar, Herr Kommissar?

Im deutschen Vereinswesen ist, wenn Geldquellen nicht im Überfluss sprudeln, der Schatzmeister selten der Beliebteste: Den Mitgliedern erhöht er die Beiträge, den Vorstand ruft er zur Sparsamkeit auf, und Mittel für schöne Projekte streicht er auch. In der Bundesregierung trägt der Schatzmeister den Titel „Bundesminister der Finanzen“. Hans Eichel (SPD) war so ein Sparkommissar. Als er einst bei Haushaltsberatungen der rot-grünen Regierung auf die Bremse trat, wurde er von Bundeskanzler Schröder gerüffelt: „Hans, lass mal gut sein.“ Image und Einfluss des Finanzministers waren dahin. Wie sich die Zeiten gewandelt haben! Üppige Steuereinnahmen, billige Zinsen. Gespart werden musste kaum.

Früher war das Auswärtige Amt die Trophäe, die der kleinere Partner einer Koalition brauchte. Der Außenminister glänzte auf internationalem Parkett. Vizekanzler war er auch – Brandt, Genscher, Fischer, Steinmeier. Traumatische Erfahrungen der FDP führten zu einem Sinneswandel. 2009, zu Beginn der schwarz-gelben Koalition, wurde Guido Westerwelle (FDP) Außenminister. Das Finanzministerium überließ er der CDU. Wolfgang Schäuble aber entkernte gemeinsam mit Angela Merkel die Steuersenkungspläne der FDP; 2013 flog die aus dem Bundestag. Die „schwarze Null“ aber wirkte.

Olaf Scholz konnte streng auftreten, zugleich großzügig handeln und wegen Corona spendabel die „Bazooka“ rausholen. Er wurde beliebt und führte seine SPD zum Wahlsieg. Also wollen nun Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP) auch Finanzminister werden.

Doch die mittelfristige Finanzplanung, noch von Scholz entworfen, verheißt seinem Nachfolger nichts Gutes. Die Ausgaben des Bundes sinken von 548 Milliarden Euro (2021) auf 408 Milliarden (2025). Die Ausgaben für Verkehr sollen um 20 Prozent, für Wirtschaft und Energie um 16 Prozent, für Gesundheit um 67 Prozent gekürzt werden. Der neue Finanzminister, ob grün oder gelb, wird wieder Sparkommissar sein müssen. Die SPD wird es ihm aberverlangen und ihn bei seiner Arbeit im Stich lassen. Schon jetzt arbeitet sich der linke SPD-Flügel an den „Kleinen“, Grünen und FDP, ab.

Als Kanzler wird Scholz („Wer Führung bestellt, der kriegt sie auch“) weiter Helfer im Finanzministerium haben. Auch Norbert Walter-Borjans, SPD-Ko-Chef und früher NRW-Finanzminister, würde als Aufpasser taugen. Der Habeck-Lindner-Wettlauf um die Siegestrophäe ist nachvollziehbar. Ob sie nachhaltig glänzt, ist fraglich.

Europas Nachfolger der Kanzlerin

Impulsgeber, Ansprechpartner, Leitfigur – Emmanuel Macron will nicht nur in Frankreich wiedergewählt werden | Von Sabine Rau

„*Feu tricolore*“ heißt die Ampelkoalition auf Französisch und an den Namen „sollte man sich langsam gewöhnen“, empfiehlt *Le Monde* seinen Leserinnen und Lesern.

In Frankreich hat man den Ausgang der Wahlen in Deutschland sehr genau beobachtet. Denn für Präsident Emmanuel Macron ist es entscheidend, wer in Berlin künftig als sein wichtigster europäischer Partner regiert.

Beide Kanzlerkandidaten waren noch kurz vor der Wahl in Paris und wurden im Élysée empfangen. Armin Laschet war als Kulturbvollmächtigter zuletzt mehrfach in Frankreich gewesen.

Olaf Scholz und Macron kennen sich aus der Zeit, als der mögliche Kanzler Erster Bürgermeister Hamburgs war und der französische Präsident Wirtschaftsminister unter François Hollande.

Mit beiden deutschen Kandidaten könne man leben, hieß es vor der Wahl im Élysée – Laschet und Scholz gelten als Garanten einer berechenbaren Politik in der Nach-Merkel-Ära, auch wenn es natürlich Nuancen in der Wertschätzung gibt. Von Laschet erhofft man sich mehr Zugeständnisse in der Sicherheitspolitik und bei Auslandseinsätzen, insbesondere in Afrika. In Scholz sieht man dagegen einen möglichen Part-

ner für die erhoffte Lockerung in der EU-Schuldenpolitik.

Das ist zugleich auch der Grund, weshalb Christian Lindner mit erkennbarer Skepsis und Zurückhaltung betrachtet wird. In Paris hat man die FDP als Zuchtmeister der europäischen Finanzpolitik in lebhafter Erinnerung – auch wenn Macrons Partei *En Marche* im Europaparlament derselben Fraktion angehört.

Die Grünen gelten in Paris zwar als gemäßigt im Vergleich zu den französischen Verts, aber an der Nuklearpolitik scheiden sich die Geister: Macron bleibt mit Frankreich entschieden auf Atom-Kurs – ein Knackpunkt für Europa und die künftige Zusammenarbeit.

Trotzdem: „Ein neues Kapitel wird aufgeschlagen“, sagt der Macron-Vertraute und Europa-Staatssekretär Clément Beaufort im Gespräch mit dem *Hauptstadtbrief*. Und Paris drückt aufs Tempo: „Frankreich wird Anfang 2022 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen, und dafür brauchen wir eine arbeitsfähige deutsche Regierung, und zwar so schnell wie möglich.“

Denn für Macron ist die Ratspräsidentschaft eine wichtige Etappe im längst entflammten französischen Wahlkampf: Dort will er sich als kämpferischer Europäer, als tatkräftiger Reformier präsentieren.

Schließlich hat er damit bereits seinen ersten Präsidentschaftswahlkampf 2017 gewonnen.

Im ersten Halbjahr 2022 will er daher mit Initiativen zur Klimapolitik und einem neuen europäischen Corona-Wiederaufbauplan punkten – und dafür braucht er die Unterstützung eines deutschen Bundeskanzlers, sonst wird daraus nämlich nichts. Das weiß man im Élysée nur zu genau.

Viel Zeit bleibt dafür allerdings nicht: Schon im April 2022 wird in Frankreich gewählt. Während sich bereits tatsächlich ernannte wie selbsternannte Präsidentschaftskandidaten in den Talkshows präsentieren, zeigt das französische System all seine Schwächen: Die Parteienlandschaft ist parzelliert, die einst stolzen Sozialisten kämpfen ums Überleben, die konservativen *Républicains* zerlegen sich in internen Machtkämpfen, die Grünen sind zersplit-



ist Leiterin des Pariser Büros der ARD. Sie arbeitete als Korrespondentin in Brüssel und im ARD-Hauptstadtbüro.

tert und zu schwach, um ernsthaft mitzuspielen. So bleiben zwei Machtpole: Macron und seine *La République en Marche*, LREM, und der rechtsextreme *Rassemblement National*, der ehemalige *Front National*.

Noch hat er seine Kandidatur nicht erklärt. Dennoch: Laut jüngsten Umfragen liegt Macron in Führung, und zwar deutlicher, als seine Vorgänger jemals zu diesem Zeitpunkt lagen. Aber das Rennen ist offen: Von Rechtsaußen heizt die ewige Marine Le Pen – es ist ihr mittlerweile dritter und wohl letzter Versuch, Präsidentin zu werden – den Wahlkampf mit populistischen Thesen und populären Themen an, allen voran Migration und Innere Sicherheit.

Macron braucht Erfolge. Nach chaotischen Gelbwestenprotesten, Gewerkschaftstreiks und bleierner Covid-Zeit ist von seinem Reformprogramm nicht allzu viel übriggeblieben. Außenpolitisch hat er gerade eine empfindliche Demütigung im U-Boot-Pazifik-Streit mit den USA kassiert. Innenpolitisch wächst die Kritik an seiner Haushalts- und Schuldenpolitik. Denn Frankreich drückt eine gewaltige Schuldenlast, die durch staatliche Milliardenprogramme während der Gesundheitskrise weiter angewachsen ist. Mit einer Quote von 120 Prozent könnte sie für ganz Europa zur Belastung werden.

Das ist der Grund, weshalb Macron auf eine Reform der strengen europäischen Schuldenkriterien drängt. Er braucht einen Befreiungsschlag. Damit könnte er in Frankreich – und in Europa – punkten, so, wie es ihm bereits mit dem 750-Milliarden-Corona-Hilfspaket gelungen ist, das in Paris als Erfolg Macrons gegenüber den „Geizigen Vier“ und vor allem der deutschen Kanzlerin, Angela Merkel, verbucht wird.

Und noch etwas beschäftigt Paris: Während in Berlin nun eine Dreier-Koalition unausweichlich geworden ist, und „le feu tricolore“ wie auch Jamaica ausgelotet werden, spekuliert man dort bereits über die Neujustierung der Aufstellung auf dem europäischen Spielfeld. Das Kalkül: Der künftige Kanzler einer Dreier-Koalition wird zu mehr Kompromissen gezwungen sein, auch in der Europapolitik. Ein französischer Präsident muss solche Rücksichten nicht nehmen.

Das hat Macron im Blick. Denn in der Nach-Merkel-Ära ist noch ein weiterer Platz auf der politischen Bühne neu zu besetzen: der der Nummer 1 in Europa – als Impulsgeber, Ansprechpartner, Leitfigur. Und dafür rechnet sich Emmanuel Macron, Frankreichs selbstbewusster Präsident, gute Chancen aus.